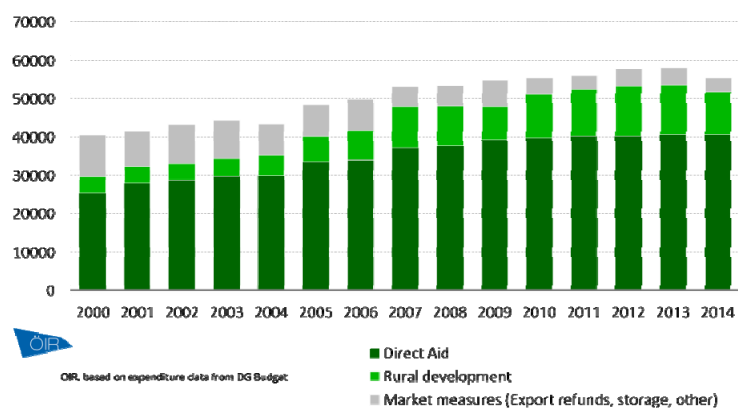


Die Rolle der der Gemeinsamen Agrarpolitik bei der Schaffung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum

Leistungszeitraum: 2015-2016

Im Lichte aktueller Trends (u.a. Landflucht, Umweltkrise, Arbeitsplatzverluste) –verstärkt durch die Muster der starken Marktorientierung – wird die Effizienz, Effektivität und Legitimität der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) in Frage gestellt. Obwohl die allgemeine Kritik von großer Relevanz ist, untersucht die vorliegende Studie im Speziellen, in welchem Ausmaß die GAP zur Schaffung von Beschäftigung im ländlichen Raum beigetragen hat. Eine systematische Literaturanalyse und eine statistische Analyse auf EU-Ebene legen die Basis für ausführlichere Bewertungen der Mitgliedstaaten und Fallstudien.



EU-Ausgaben in Landwirtschaft und ländlicher Entwicklung 2000-2014
[Mio. EUR, zu laufenden Preisen], Quelle: ÖIR basierend auf DG Budget

Die statistische Auswertung hat gezeigt, dass es eine eher schwache Korrelation zwischen GAP und Beschäftigungsentwicklung in Hinblick auf Säule I gibt, aber bei Säule II – der ländlichen Entwicklung – sind positive Effekte auf die Beschäftigung feststellbar. Die Diversifizierung der Landwirtschaft und regionale Nischenmärkte werden als positive Impulse für die Beschäftigungsentwicklung in den Regionen angesehen. Die untersuchten Mitgliedstaaten widerspiegeln die Vielfalt der europäischen Agrarsysteme und Volkswirtschaften, die in unterschiedlichem Ausmaß von der GAP-Finanzierung abhängig sind. Der Grad der Abhängigkeit von der Landwirtschaft sowie die absolute Höhe der finanziellen Hilfe beeinflussen die Hebelwirkung der GAP. Die Studie kommt zum Schluss, dass die GAP das Überleben von Kleinbauern sicherstellt und zur Erhaltung und Entwicklung der Wirtschaft im ländlichen Raum beiträgt. Allerdings haben Zahlungen der Säule I teilweise widersprüchliche Auswirkungen auf die Beschäftigung und die Schaffung von Arbeitsplätzen scheint begrenzt zu sein. Säule II unterstützt die Diversifizierung, aber konkret lassen sich die direkten Auswirkungen auf die Beschäftigung aufgrund fehlender systematischer Berichterstattung über die Schaffung von Arbeitsplätzen nur schwer nachweisen.

Bearbeitung: Bernd Schuh; Helene Gorny, Jiannis Kaucic, Florian Keringer, Stephanie Kirchmayr-Novak

Partner: University of Gloucestershire, Countryside and Community Research Institute

Auftraggeber: Europäisches Parlament, Direktion B – Struktur- und Kohäsionspolitik

[http://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document.html?reference=IPOL_STU\(2016\)573418](http://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document.html?reference=IPOL_STU(2016)573418)